

PETITION

An den
Minister für Nationale Verteidigung der
Republik Korea

Südkorea: Beendigung der Kriminalisierung einvernehmlicher gleichgeschlechtlicher Aktivitäten im Militär

Im Jahr 2017 wurden 23 aktive Soldaten von den Militärbehörden angeklagt. Ihr angebliches Verbrechen? Einvernehmliche gleichgeschlechtliche sexuelle Aktivität. Während es in Südkorea kein Gesetz gibt, das gleichgeschlechtliche sexuelle Aktivitäten zwischen Zivilpersonen kriminalisiert, bestraft Artikel 92-6 des Militärstrafgesetzes einvernehmliche gleichgeschlechtliche sexuelle Aktivitäten zwischen Männern. Die Verurteilten können aufgrund einer "unanständigen Handlung" zu einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren verurteilt werden. Die Klausel, die bis 1962 zurückreicht, wurde verwendet, um Soldaten, die an sexuellen Handlungen auf und abseits der Basis beteiligt sind, auch in der Privatsphäre ihrer eigenen Häuser, anzuklagen. Die Kriminalisierung gleichgeschlechtlicher einvernehmlicher sexueller Aktivitäten - und deren Durchsetzung durch Strafverfolgung und Verurteilung - ist eine schwere Menschenrechtsverletzung. Diese Kriminalisierung schafft und verfestigt ein toxisches Umfeld, in dem es für LGBTI-Soldaten, die nicht den bestehenden Geschlechternormen entsprechen, äußerst schwierig ist, den Militärdienst frei von Mobbing, Belästigung, Diskriminierung und Gewalt durch ihre Kommandeure und Kollegen zu leisten. Viele verstecken ihre sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität aus Angst, "geoutet" und belästigt zu werden, und einige werden von ihren Einheiten isoliert und sogar gewaltsam ins Krankenhaus gebracht. Südkorea muss dieses veraltete und diskriminierende Gesetz abschaffen und sicherstellen, dass jede_r, einschließlich LGBTI, frei von Diskriminierung, Missbrauch und Angst im Militär dienen kann.

Ich fordere den Minister für Nationale Verteidigung auf:

- legislative Maßnahmen zur Aufhebung von Artikel 92-6 des Militärstrafrechts zu ergreifen, der einvernehmliche gleichgeschlechtliche sexuelle Aktivitäten im Militär verbietet und bestraft;
- verstärkte Maßnahmen zum Verbot und zur Beseitigung von Missbrauch und Diskriminierung von LGBTI beim Militär zu ergreifen und die sofortige, unparteiische und gründliche Untersuchung aller Vorwürfe eines solchen Missbrauchs und einer solchen Diskriminierung zu gewährleisten.

HOCHACHTUNGSVOLL,

1

Name, Vorname

Anschrift

Unterschrift

2

Name, Vorname

Anschrift

Unterschrift

3

Name, Vorname

Anschrift

Unterschrift

4

Name, Vorname

Anschrift

Unterschrift

5

Name, Vorname

Anschrift

Unterschrift

Die Adressen werden nur im Sinne der Petition genutzt und nicht an Dritte weitergegeben. Bitte senden Sie diese Petitionsliste bis 30.11.2019 an untenstehende Adresse, von dort werden sie gesammelt zur Übergabe in die Republik Korea gesandt.

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Koordinationsgruppe Queeramnesty 2918 . Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin
T: +49 30 7829440 . E: info@queeramnesty.de . W: www.queeramnesty.de
SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00 .
IBAN: DE23370205000008090100 . BIC: BFSWDE33XXX . Zweck: 2918

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



AMNESTY
INTERNATIONAL

